

KLIMA UND RECHT

ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KLIMARECHT

Herausgeber: Prof. Dr. Jelena Bäumler, Lüneburg; Prof. Dr. Thorsten Beckers, Weimar; Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn; RA Dr. Frank Fellenberg, Berlin; Prof. Dr. Claudio Franzius, Bremen; Prof. Dr. Annette Guckelberger, Saarbrücken; RA Prof. Christian Held, Berlin; Prof. Dr. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Düsseldorf; Prof. Dr. Alexander Proell, Hamburg; Prof. Dr. Michael Rodi, Greifswald/Berlin; Dr. Simon Schäfer-Stradowsky, Berlin; Prof. Dr. Cathrin Zengerling, Freiburg

Schriftleitung: Prof. Dr. Michael Rodi und Dr. Simon Schäfer-Stradowsky

KlimR 9/2026

September 2026 · Seite 257–288

5. Jahrgang · www.klimr-beck.de

Editorial

Zeit hinzuschauen: Die Klimakrise verschärft sich und keinen schert es?

Sommer 2026. Waldbrände bedrohen Madrid und Bordeaux. In Monschau werden Menschen evakuiert. Der Rhein fällt auf unter 10 cm. Deutschlands wichtigste Wasserstraße kommt zum Erliegen. In Frankreich fällt ein Drittel der Atomkraftkapazität wegen Wassermangels und einer Quallenplage aus. In Ungarn und Rumänien werden sämtliche Atomkraftwerke vom Netz genommen. Die Hitze kostet Europa diesen Sommer 1 % Wachstum.

Die Klimakrise eskaliert. In Deutschland sterben an der Hitze 12.500 Menschen, so das Robert-Koch-Institut. Für Friedrich Merz ist das kein Anlass, die Hitze Krise zur Chefsache zu machen. „Das Wetter würde sich auch nicht ändern,“ so Regierungssprecher Stefan Kornelius. Der ehemalige Journalist der SZ kennt den Unterschied zwischen Klima und Wetter. Wenn er Wetter sagt, dann will er jeden Hinweis auf die Klimakrise vermeiden. Denn das hätte Fragen nach den politischen Konsequenzen ausgelöst.

Was tut die Bundesregierung, um eine weitere Verschärfung der Klimakrise zu vermeiden? Was tut sie, um unsere Gesellschaft, die Wirtschaft, unsere Krankenhäuser und Pflegeheime hitzefest zu machen? Wie will sie weitere Hitzetote verhindern?

Einer hat die ausgetrockneten Flüsse dann doch zur Chefsache gemacht: Der neue Bundesverkehrsminister Steffen Bilger. Mehr Güter sollen auf die Straße und das Sonntagsfahrverbot aufgehoben werden. Das hilft zwar nicht, führt aber zu mehr CO₂-Ausstoß. Bilger will zudem die Flüsse ausbaggern. Auf dass das Wasser noch schneller abläuft. Der Bock ist Gärtner.



Bilger ist nicht allein. Mitten in der Hitze Krise plädierte Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) dafür, die Klimaneutralität Niedersachsens nach hinten zu verschieben. Er wähnt sich in einem breiten Konsens mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Bevölkerung.

Die Klimakrise eskaliert und keiner schert sich drum?

Offenkundig ist Klimapolitik gesellschaftlich in der Defensive. In dieser Defensive setzen viele Klimaschützer*innen auf die Gerichte. Die Gerichte sollen das richten, was die erste und zweite Gewalt im Staat verweigern: Für Klimaschutz und Klimaanpassung zu sorgen.

Ohne Zweifel ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 zum Klimaschutz wegweisend. International wird der Klimaschutz durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs von 2025 gestärkt. Danach ist das 1,5-Grad-Ziel verbindliches Völkerrecht.

Es ist ein großes Verdienst der *Deutschen Umwelthilfe*, die Einhaltung dieser Vorgaben bis zum Bundesverwaltungsgericht einzuklagen. Das Recht und eine unabhängige Justiz sind heute ein unverzichtbares Instrument des Klimaschutzes und für eine wirksame Klimaanpassung. Aber ist es nicht beschämend, dass Nichtregierungsorganisationen Regierungen und Behörden auf ihre Bindung an Recht und Gesetz verklagen müssen?

Doch Recht ist noch keine Politik. Gerichte können nicht das Handeln des Gesetzgebers ersetzen. Genauso wenig wie aus der Physik erwächst aus der Feststellung des Regelverstößes eine konkrete Klimapolitik. Wie das Klima besser geschützt wird, wie wir uns an die Klimakrise besser anpassen, ist eine politische Entscheidung. Sie bedarf gesellschaftlicher Mehrheiten.

Die erreicht man nur, wenn Bundestag und Bundesregierung nicht länger wegschauen. Klimaschutz gibt es nur, wenn es uns nicht länger egal ist, dass 12.500 Menschen zu früh sterben und unser mickriges Wachstum einbricht.

Es ist Zeit hinzuschauen.

Jürgen Trittin, Bundesminister a. D.